

Protokoll

über die **Sitzung des Rates** in der Wahlperiode 2016/2021 am **Dienstag, dem 18.12.2018, um 18:00 Uhr**, im Landhaus Friedrichsfehn, Friedrichsfehner Str. 33A, 26188 Edeweicht-Friedrichsfehn.

Teilnehmer:

stv. Ratsvorsitzender

Wolfgang Krüger

Vertreter für Herrn Axel Hohnholz

Bürgermeisterin

Petra Lausch

Ratsmitglieder

Thomas Apitzsch

Dirk von Aschwege

Knut Bekaam

Kai Hinrich Bischoff

Dominik Bruns

Jörg Brunßen

Wolfgang Diedrich

Christian Eiskamp

Hergen Erhardt

Heidi Exner

Dr. Hans Fittje

bis TOP 23 einschl.

Arno Frahmann

Elke Garlichs-Kappmeier

Uwe Heiderich-Willmer

Uwe Hilgen

Josefine Hinrichs

Roland Jacobs

Rolf Kaptein

Jörg Korte

Ralf Andre Krallmann

Michael Krause

Jürgen Kuhlmann

Gundolf Oetje

Torsten Pophanken

Sigrid Rakow

bis TOP 4 einschl.

Detlef Reil

Freia Taeger

Jost Urbanke

Theodor Vehndel

Stefan von Aschwege

ab TOP 5

Entschuldigt fehlen:

Mark Gröber

Axel Hohnholz

Kirsten Oltmer

Wolfgang Stöver

Von der Verwaltung

Kerstin Borm	Gleichstellungsbeauftragte (GB)
Angelika Lange	Protokollführerin
Nico Pannemann	Fachbereichsleiter I - Innere Dienste und Bürgerservice (FBL)
Dirk Sander	Fachbereichsleiter II - Bildung, Ordnung und Soziales (FBL)
Rolf Torkel	Fachbereichsleiter III - Gemeindeentwicklung und Wirtschaftsförderung (FBL)

Teilnehmer des Jugendgemeinderates (nur im öffentlichen Teil)

Tom Köster

TAGESORDNUNG

A. Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
3. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung des Rates am 25.09.2018
4. Beendigung der Mitgliedschaft im Rat durch Verzichtserklärung; hier: Ratsfrau Sigrid Rakow
Vorlage: 2018/FB I/2904
5. Verwaltungsbericht der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde und über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses sowie Anregungen und Beschwerden an den Rat
6. Einwohnerfragestunde
- 6.1. Ortseingangsschilder
- 6.2. Neue Tarifstruktur Bad am Stadion
7. Änderungen in der Zusammensetzung der Fachausschüsse
Vorlage: 2018/FB I/2905
8. Wechsel der Vertretung im Aufsichtsrat und ggfs. in der Gesellschafterversammlung der Ammerländer Wohnungsbaugesellschaft mbH, Westerstede
Vorlage: 2018/FB I/2873
9. Beschlussvorschläge aus dem Ausschuss für Kinder, Jugend und Soziales
- 9.1. Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzungen der Kindertagesstätten in der Gemeinde Edewecht
Vorlage: 2018/FB II/2858
10. Beschlussvorschläge aus dem Bauausschuss
- 10.1. Satzung gemäß § 35 Abs. 6 BauGB Moorstraße/Böberster Weg in Westerscheps;
Abwägung zu den Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung und Erarbeitung des Satzungsbeschlusses
Vorlage: 2018/FB III/2837
- 10.2. 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 9 in Friedrichsfehn ("Bring- und Holzzone") im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB;
Abwägung zu den Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung und Erarbeitung des Satzungsbeschlusses
Vorlage: 2018/FB III/2838

- 10.3. 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 108 am Verbindungsweg in Friedrichsfehn im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB; Abwägung zu den Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung und Erarbeitung des Satzungsbeschlusses
Vorlage: 2018/FB III/2839
- 11. Beschlussvorschläge aus dem Wirtschafts- und Haushaltsausschuss
- 11.1. Haushaltssatzung nebst Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019 einschl. des Investitionsprogramms für den mittelfristigen Finanzplanungszeitraum 2020 - 2022 sowie der Festsetzung der Steuerhebesätze
Vorlage: 2018/FB I/2899
- 11.2. Festsetzung der Abwassergebühr 2019
Vorlage: 2018/FB I/2887
- 11.3. Festsetzung des Hebesatzes für die Straßenreinigungsgebühr für das Jahr 2019
Vorlage: 2018/FB I/2888
- 11.4. 1. Änderung der Verordnung über die Art und den Umfang der Straßenreinigung
Vorlage: 2018/FB I/2889
- 11.5. Richtlinie zur Förderung von Existenzgründungen in der Gemeinde Edewecht
Vorlage: 2018/FB III/2898
- 12. Beschlussvorschläge aus dem Betriebsausschuss für den Immobilienbetrieb Pflege Service Edewecht
- 12.1. Wirtschaftsplan 2019
Vorlage: 2018/FB III/2903
- 13. Zweckvereinbarung mit der Gemeinde Bad Zwischenahn zur Abwasserbeseitigung
Vorlage: 2018/FB I/2842
- 14. Antrag der FDP Fraktion zur Weiterentwicklung des E-Governments
Vorlage: 2018/FB I/2901
- 15. Neufassung der Satzung über die Entschädigung für Ehrenbeamte/-beamtinnen und sonstige ehrenamtlich tätige Funktionsträger/-innen der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Edewecht
Vorlage: 2018/FB II/2908
- 16. Mehraufwendungen für Unterhaltungsmaßnahmen im Tiefbau für 2018
Vorlage: 2018/FB III/2860
- 17. Aktionsplan gegen das Insektensterben; Antrag des RH Michael Krause
Vorlage: 2018/FB III/2912
- 18. Verbesserung der Aufenthaltsqualität im Bereich "Karpfenteich" - Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen
Vorlage: 2018/FB III/2913
- 19. Übertragung weiterer personalrechtlicher Befugnisse auf die Bürgermeisterin
Vorlage: 2018/FB I/2869
- 20. Annahme von Spenden
- 21. Anfragen und Hinweise
- 21.1. Fehlendes Ratsmitglied
- 21.2. Windpark Querenstede
- 22. Einwohnerfragestunde
- 22.1. Politikverdrossenheit der Bürger/innen
- 23. Schließung der Sitzung

I

OP 1:

Eröffnung der Sitzung

Stellvertretender Ratsvorsitzender (Stv. RV) Krüger eröffnet um 18.03 Uhr die heutige Sitzung des Rates und begrüßt die anwesenden Mitglieder des Rates und der Verwaltung, Tom Köster als Vertreter des Jugendgemeinderates, Herrn Meyer von der Nordwest-Zeitung und die Zuhörer/innen.

TOP 2:

Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Stv. RV Krüger stellt fest, dass zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und der Rat aufgrund ordnungsgemäßer Einladung beschlussfähig ist. Zur Tagesordnung bittet RH Brunßen, den TOP 18 zurückzustellen, um den Antrag zunächst im Bauausschuss behandeln zu können.

Hiergegen erheben sich keine Einwendungen.

Durch namentlichen Aufruf wird festgestellt, welche Mitglieder des Rates anwesend sind.

TOP 3:

Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der Sitzung des Rates am 25.09.2018

Das Protokoll wird einstimmig genehmigt.

TOP 4:

Beendigung der Mitgliedschaft im Rat durch Verzichtserklärung; hier: Ratsfrau Sigrid Rakow

Vorlage: 2018/FB I/2904

Nach einem Rückblick auf das 22jährige Wirken RF Rakows im Rat der Gemeinde Edewecht durch BMin Lausch wird auch aus der Mitte des Rates Dank und Anerkennung für die langjährige kompetente und faire Mit- und Zusammenarbeit ausgedrückt.

Auch RF Rakow blickt auf spannende Zeiten zurück, die viel Kraft gefordert hätten und streckenweise auch sehr zeitintensiv gewesen seien. Durch das gute Miteinander über Fraktionsgrenzen hinweg hätten aber immer wieder gute Lösungen für die Gemeinde gefunden werden können. Sie wünscht dem Rat weiterhin eine gute Hand für Entscheidungen und aus der Bürgerschaft immer wieder genügend Menschen, die dieses Ehrenamt ausfüllen wollen und können.

Im Anschluss an die Beschlussfassung wird sodann Herr Stefan von Aschwege durch BMin Lausch als Nachrücker durch Handschlag verpflichtet.

Sodann fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Die Mitgliedschaft der Ratsfrau Sigrid Rakow im Rat der Gemeinde Edeweicht endet mit sofortiger Wirkung.

- einstimmig beschlossen -

TOP 5:

Verwaltungsbericht der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten der Gemeinde und über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses sowie Anregungen und Beschwerden an den Rat

Vor dem Verwaltungsbericht bittet BM Lausch um ein kurzes Innehalten zum Gedenken an den kürzlich verstorbenen ehemaligen Ratsherrn Erich Hoopmann.

Der Verwaltungsbericht ist diesem Protokoll als Anlage beigelegt.

TOP 6:

Einwohnerfragestunde

TOP 6.1:

Ortseingangsschilder

Ein Einwohner moniert das Aussehen des Ortseingangsschildes am Ortseingang Edeweicht aus Richtung Jeddelloh I und fragt, ob dieses gereinigt werden könne. Gleiches gelte für die Beschilderung der Radwanderwege.

BMin Lausch erläutert unter Hinweis auf den Punkt 28 ihres Verwaltungsberichtes, die Willkommens-Schilder würden in 2019 ausgetauscht. Der Kreistag habe zudem beschlossen, die Beschilderung der Radwanderwege auszutauschen.

TOP 6.2:

Neue Tarifstruktur Bad am Stadion

Ein Einwohner fragt, ob die neue Tarifstruktur des Bades am Stadion noch einmal überdacht werden könne, weil seines Erachtens durch die veränderte Tarifstruktur der Edewechter Schwimmverein nicht mehr wettbewerbsfähig sei, da andere Schwimmvereine deutlich günstigere Eintritte für Mitglieder vorsähen.

BMin Lausch verweist hierzu auf die möglichen Vergünstigungen durch bspw. Jahreskarten. Im Übrigen sei mit dem Schwimmverein die Neuregelung der Eintrittspreise im Vorfeld sehr intensiv diskutiert worden. Sofern eine neuerliche Diskussion gewünscht werde, sei eine Kontaktaufnahme zwischen dem Schwimmverein und den Ratsvertretern der geeignete Weg.

TOP 7:

Anderungen in der Zusammensetzung der Fachausschüsse

Vorlage: 2018/FB I/2905

Für die SPD-Fraktion verkündet RF Taeger folgende Änderungen:

Bauausschuss: Stefan von Aschwege wird stellvertretendes Mitglied (statt Dr. Hans Fittje),
KiJuSo-Ausschuss: Stefan von Aschwege wird Mitglied, Theodor Vehndel wird stellvertretendes Mitglied,
Sport- und Kulturausschuss: Stefan von Aschwege wird Mitglied (statt Uwe Hilgen),
Landwirtschaft- und Umweltschutzausschuss: Stefan von Aschwege wird stellvertretendes Mitglied, Dr. Hans Fittje wird Mitglied.

Sodann fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Übergang der Sitze in den Fachausschüssen wird wie vorgestellt beschlossen.

- einstimmig beschlossen -

TOP 8:

Wechsel der Vertretung im Aufsichtsrat und ggfs. in der Gesellschafterversammlung der Ammerländer Wohnungsbaugesellschaft mbH, Westerstede

Vorlage: 2018/FB I/2873

Stv. RV Krüger trägt vor, die Sitze im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung sollten unter den bisherigen Vertretern getauscht werden, so dass mit Wirkung vom 01.05.2019 RH Bekaam Vertreter im Aufsichtsrat und RH Gröber Vertreter in der Gesellschafterversammlung sein würde.

Sodann fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der Wechsel des Vertreters der Gemeinde Edewecht im Aufsichtsrat und in der Gesellschafterversammlung der Ammerländer Wohnungsbaugesellschaft mbH, Westerstede, wird wie in der Sitzung vorgetragen beschlossen.

- einstimmig beschlossen -

TOP 9:

Beschlussvorschläge aus dem Ausschuss für Kinder, Jugend und Soziales

TOP 9.1:

Änderung der Benutzungs- und Gebührensatzungen der Kindertagesstätten in der Gemeinde Edewecht

Vorlage: 2018/FB II/2858

Nach Erläuterung der Beschlussvorlage durch FBL Sander und seinem Dank an den Arbeitskreis Kindertagesstätten für die gute Vor- und Mitarbeit führt RF Hinrichs namens der SPD-Fraktion aus, das Personal der kommunalen Kindertagesstätten leiste gute Arbeit und müsse dafür adäquat bezahlt werden. Dem trage die vorgelegte Satzung nach Einführung der Beitragsfreiheit für Kindergärten so weit wie möglich Rechnung, wobei aber auch auf die Bedürfnisse der Eltern angemessen eingegangen worden sei.

Für die CDU-Fraktion betont RH Diedrich, die künftige Berechnung der Elternbeiträge auf Grundlage der Nettoeinkommen sei transparenter und führe zu einer gerechteren Verbeitragung. Daneben sei wichtig, dass eine Krippenbetreuung nicht günstiger sein dürfe, als eine Betreuung in Tagespflege. Er persönlich bitte, die Beiträge für die Ferienbetreuung noch einmal zu überdenken.

Sodann fasst der Rat folgenden

Beschluss:

1.) *Der Änderung der Satzung der Gemeinde Edewecht über die Inanspruchnahme der Kindertagesstätten in der Gemeinde Edewecht in der vorgelegten Fassung wird zugestimmt.*

2.) *Der Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Kindergärten in der Trägerschaft der Gemeinde Edewecht in der vorgelegten Fassung wird zugestimmt.*

3.) *Der Änderung der Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Benutzung der Krippen in der Trägerschaft der Gemeinde Edewecht in der vorgelegten Fassung wird zugestimmt.*

- einstimmig beschlossen -

TOP 10:

Beschlussvorschläge aus dem Bauausschuss

TOP 10.1:

Satzung gemäß § 35 Abs. 6 BauGB Moorstraße/Böberster Weg in Westerscheps;

Abwägung zu den Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung und Erarbeitung des Satzungsbeschlusses

Vorlage: 2018/FB III/2837

Nach Erläuterung der Beschlussvorlage durch FBL Torkel spricht RH Bekaam für die SPD-Fraktion die volle Zustimmung für die Satzung aus und betont, die kleineren Bauerschaften dürften in der Entwicklung nicht von den größeren Orten abgehängt werden. Es gebe durchaus junge Menschen, die sich bspw. wegen familiärer Bindungen in den kleineren Bauerschaften eine Existenz aufbauen möchten. Auch die örtlichen Vereine würden von einer moderaten Entwicklung der Außenbereiche profitieren, ebenso wie die Natur, die durch die Verdichtung ohnehin bestehender Bebauung besser in ihrem Bestand geschützt werden könne.

Für die CDU-Fraktion stimmt RH Diedrich diesen Ausführungen zu. Zudem werde die Altersstruktur hierdurch positiv beeinflusst.

Auch RH Kaptein befürwortet namens der FDP-Fraktion die Satzung und dankt insbesondere SGL Knorr für die gute Vorarbeit. Er werte diese Satzung jedoch als ersten Schritt, dem bald weitere für die Bauerschaften Wittenriede und Westerscheps folgen müssten, um auch dort dem Bevölkerungsrückgang gegensteuern zu können.

Wer bauen wolle und dies im Heimatort nicht könne, würde wegziehen und sei daher für die Ortsgemeinschaft verloren.

Sodann fasst der Rat folgenden

Beschluss:

- 1. Zu den während der öffentlichen Auslegung der Satzung gemäß § 35 Abs. 6 BauGB „Moorstraße/Böberster Weg“ in der Zeit vom 21.03.2018 bis 20.04.2018 eingegangenen Stellungnahmen wird im Sinne der in der Sitzung des Bauausschusses am 23. Oktober 2018 erarbeiteten Abwägungsvorschläge entschieden. Die Verwaltung wird beauftragt, die Betroffenen entsprechend zu benachrichtigen.*
- 2. Der Entwurf der Satzung gemäß § 35 Abs. 6 BauGB „Moorstraße/Böberster Weg“, der aufgrund des BauGB in der zurzeit geltenden Fassung aufgestellt wurde, wird als Satzung mit Begründung beschlossen. Die Satzung gemäß § 35 Abs. 6 BauGB „Moorstraße/Böberster Weg“ ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB bekannt zu machen.*

- einstimmig beschlossen -

TOP 10.2:

**4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 9 in Friedrichsfehn ("Bring- und Holzzone") im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB;
Abwägung zu den Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung und Erarbeitung des Satzungsbeschlusses
Vorlage: 2018/FB III/2838**

Nach kurzer Erläuterung der Beschlussvorlage durch FBL Torkel verdeutlicht RH Reil namens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, sinnvoller wäre eine Stärkung der rad- und fußläufigen Verbindungen zur Schule und eine Parklösung im Bereich des Sportplatzes gewesen. Nur so hätte das Gefahrenpotenzial für die schwächeren Verkehrsteilnehmer vermindert werden können. Leider könne aber durch eine solche Lösung nicht mit einer Änderung des Verhaltens vieler Eltern gerechnet werden, weshalb im Sinne einer zeitnahen Lösung auch im Interesse der Anwohner/innen wie vorgeschlagen gehandelt werden müsse. Seine Fraktion werde sich daher bei der Abstimmung enthalten.

RF Taeger führt für die SPD-Fraktion aus, vernünftige Vorschläge fielen bei vielen Eltern leider nicht auf fruchtbaren Boden. Die Einrichtung einer Bring- und Holzzone werde daher begrüßt, schließe aber weitere Maßnahmen, etwa zur Reduzierung des Kraftfahrzeugverkehrs im Wohngebiet und zum Schutze der Schüler/innen und Kindergartenkinder sowie zur Verkehrsführung, nicht aus.

Auch RF Exner begrüßt namens der CDU-Fraktion die Einrichtung der Bring- und Holzzone als zeitnahe und sinnvolle Maßnahme, die zudem eine deutlich bessere Erreichbarkeit der Schule und des Kindergartens für Rettungsfahrzeuge bedeute.

Für die UWG-Fraktion stimmt RH Aпитzsch zunächst den Ausführungen des RH Reil zu. Er stellt aufgrund mangelnder Einsicht vieler Eltern jedoch die Zustimmung seiner Fraktion zur Einrichtung der Bring- und Holzzone in Aussicht und gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass beim Bau der neuen Gebäude der GOBS Friedrichsfehn deshalb

weniger neue Parkflächen entstehen müssten und hierdurch mehr Grün erhalten werden könne, als dies sonst möglich gewesen sei.

Sodann fasst der Rat folgenden

Beschluss:

- 1. Zu den während der öffentlichen Auslegung der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 9 in der Zeit vom 31.08.2018 bis 02.10.2018 eingegangenen Stellungnahmen wird im Sinne der in der Sitzung des Bauausschusses am 23. Oktober 2018 erarbeiteten Abwägungsvorschläge entschieden. Die Verwaltung wird beauftragt, die Betroffenen entsprechend zu benachrichtigen.*
- 2. Der Entwurf der 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 9, der aufgrund des BauGB in der zurzeit geltenden Fassung im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB aufgestellt wurde, wird als Satzung mit Begründung beschlossen. Die 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 9 ist gemäß § 10 Abs.3 BauGB bekannt zu machen.*

- einstimmig beschlossen -

Enthaltung 3

TOP 10.3:

**1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 108 am Verbindungsweg in Friedrichsfehn im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB;
Abwägung zu den Stellungnahmen aus der öffentlichen Auslegung und Erarbeitung des Satzungsbeschlusses
Vorlage: 2018/FB III/2839**

Nach kurzer Erläuterung der Beschlussvorlage durch FBL Torkel fasst der Rat ohne Aussprache folgenden

Beschluss:

- 1. Zu den während der öffentlichen Auslegung der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 108 in der Zeit vom 31.08.2018 bis 02.10.2018 eingegangenen Stellungnahmen wird im Sinne der in der Sitzung des Bauausschusses am 23. Oktober 2018 erarbeiteten Abwägungsvorschläge entschieden. Die Verwaltung wird beauftragt, die Betroffenen entsprechend zu benachrichtigen.*
- 2. Der Entwurf der 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 108, der aufgrund des BauGB in der zurzeit geltenden Fassung im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB aufgestellt wurde, wird als Satzung mit Begründung beschlossen. Die 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 108 ist gemäß § 10 Abs. 3 BauGB bekannt zu machen.*

- einstimmig beschlossen -

TOP 11:

Beschlussvorschläge aus dem Wirtschafts- und Haushaltsausschuss

TOP 11.1:

Haushaltssatzung nebst Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2019 einschl. des Investitionsprogramms für den mittelfristigen Finanzplanungszeitraum 2020 - 2022 sowie der Festsetzung der Steuerhebesätze

Vorlage: 2018/FB I/2899

FBL Pannemann erläutert anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage zu diesem Protokoll) den Haushaltsplanentwurf für das Jahr 2019.

Im Anschluss bezeichnet RH Brunßen namens der CDU-Fraktion den Entwurf als unverhofft wiederum rekordverdächtig. Die aktuelle Hochkonjunktur im Landkreis lasse hohe Einnahmen erwarten und ermögliche so noch einmal eine deutliche Steigerung der Investitionssummen, durch die die Infrastruktur zum Wohle der Bevölkerung deutlich verbessert werden könne. Beispielhaft führt er hierfür an: neue Sportanlage am Göhlen; Existenzgründerförderung; Beetgestaltung; Bring- und Holzone Schule Friedrichsfehn; Breitbandausbau; Ortsgestaltungssatzung; Innenentwicklung; Förderung ökologischer Maßnahmen; Feuerwehrneubau Kleefeld/Friedrichsfehn.

Vernünftig geführte Betriebe und engagierte Arbeitskräfte unterstützten die Beibehaltung der überaus geringen Steuersätze, die äußerst niedrige Pro-Kopf-Verschuldung und die Verringerung des Schuldenstandes. In Anbetracht dieser Umstände sehe er auch bei einem möglichen Wegfall der Straßenausbaubeiträge derzeit keine Veranlassung zur Anhebung der Steuersätze. Selbstverständlich könne die tatsächliche Einnahmeentwicklung der kommenden Jahre nicht vorausgesehen werden, jedoch müsse auch bedacht werden, dass die Gemeinde Edewecht gegenüber anderen Ammerländer Kommunen keine Alleinstellungsmerkmale habe und insbesondere wegen fehlender direkter Anbindungen an bspw. Autobahnen Betrieben andere Anreize, wie z. B. geringe Steuer- und Abgabensätze, zum Verbleib bzw. zur Ansiedlung im Gemeindegebiet geben müsse.

Für die SPD-Fraktion stellt RF Taeger zu den obigen Ausführungen klar, möglicherweise entfallende Straßenausbaubeiträge müssten nicht zwingend über Steuererhöhungen kompensiert werden, eine Diskussion darüber sollte aber dennoch nicht von vornherein ausgeschlossen werden. Bei aller Freude über steigende Einnahmen müssten jedoch die Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben jederzeit fest im Blick behalten und die Weichen für langfristige Entwicklungen und Erfolge gestellt werden. Besonderes Augenmerk gelte z. B. dem Einzelhandelskonzept, um Edewecht wieder attraktiver zu gestalten. Auch die Entwicklung der Personalkosten und der Sach- und Dienstleistungen sei sorgfältig zu beobachten. Sollten auch künftig die Aufgaben der Kommune ordentlich erledigt werden, sei eine eher zurückhaltende Lohnpolitik insbesondere in Anbetracht des bereits jetzt gravierenden Fachkräftemangels nicht zielführend. Korrespondierend hierzu müssten langfristig, hoffentlich mit Unterstützung von Bund, Land und Telekommunikationsanbietern, auch die Voraussetzungen für eine deutlich ausgeweitete Digitalisierung von Dienstleistungen insbesondere im Verwaltungsbereich geschaffen werden. Wichtig sei daneben die umgehende Bereitstellung einer ausreichenden Anzahl von Kinderbetreuungsplätzen, die

zielgerichtete Entwicklung der Schulen und der Wohnbebauungsmöglichkeiten einschließlich der hierfür erforderlichen Infrastruktur.

Für die FDP-Fraktion gibt RH Kaptein seiner Zustimmung zum vorgelegten Zahlenwerk Ausdruck. Er hoffe auf die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge und plädiere im Übrigen, vor Steuererhöhungen zunächst Einsparpotenziale zu prüfen.

Auch RH Krause stimmt dem Haushaltsplanentwurf grundsätzlich zu. Er bedaure jedoch, keine gedanklichen und finanziellen Ansätze zur Linderung der durchaus auch im Gemeindegebiet vorhandenen Armut bzw. Kinderarmut vorzufinden und wünsche, diesbezüglich gemeinsam an Lösungen zu arbeiten.

Für die UWG-Fraktion stimmt RH Korte den Ausführungen seines Vorredners zu. Wichtig sei zudem, den Flächenverbrauch durch immer weitere Baugebiete einzuschränken, auch wenn das Demografiegutachten weiter steigende Einwohnerzahlen prognostiziere. Solange die Steuereinnahmen auf einem hohen Niveau blieben, könne auch künftig in Schulen, Feuerwehr und weitere wichtige Infrastruktur investiert werden.

RH Heiderich-Willmer betont für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, es könne nicht immer weiter auf Wachstum gesetzt werden, da ein dauerhaft hohes Einnahmenniveau nicht sicher sei. Bereits jetzt müsse darüber nachgedacht werden, wie auch beim Rückgang wirtschaftlichen Wachstums Einnahmen generiert werden könnten. Zudem müsse auch mit negativen Überraschungen verschiedenster Art, wie bspw. den immensen Straßenschäden durch die langanhaltende Trockenperiode in diesem Jahr, gerechnet werden. Seiner Ansicht nach sei eine Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ohne eine Kompensierung durch Steuererhöhungen angesichts des hohen Sanierungsstaus bei den gemeindlichen Straßen nur schwer vorstellbar. Letztlich sollten die derzeitigen Rekordzahlen eher vorsichtig betrachtet und die Pläne für die Folgejahre eher bescheiden gehalten werden. Insgesamt stimme seine Fraktion dem Haushaltsplanentwurf 2019 jedoch zu.

Mit einem Dank aller Fraktionen für die gute Vorbereitung des Haushaltsplanentwurfs durch die Verwaltung fasst der Rat sodann folgenden

Beschluss:

Dem zur Sitzung des Wirtschafts- und Haushaltsausschusses am 04.12.2018 vorliegenden Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes für das Haushaltsjahr 2019 einschl. des Investitionsprogramms für den mittelfristigen Finanzplanungszeitraum 2020 – 2022 wird zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, das weitere Verfahren abzuwickeln.

- einstimmig beschlossen -

TOP 11.2:

Festsetzung der Abwassergebühr 2019

Vorlage: 2018/FB I/2887

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Der mit der Einladung zur Sitzung des Wirtschafts- und Haushaltsausschusses am 04.12.2018 übersandte Entwurf der Gebührenbedarfsberechnung für die Abwassergebühr 2019 wird festgestellt. Die Abwassergebühr bleibt unverändert bei 1,67 €/m³.

- einstimmig beschlossen -

TOP 11.3:

Festsetzung des Hebesatzes für die Straßenreinigungsgebühr für das Jahr 2019

Vorlage: 2018/FB I/2888

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Die Straßenreinigungsgebühr beträgt ab dem 1. Januar 2019 unverändert je Meter Straßenfront 0,91 €.

- einstimmig beschlossen -

TOP 11.4:

1. Änderung der Verordnung über die Art und den Umfang der Straßenreinigung

Vorlage: 2018/FB I/2889

Ohne Aussprache fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Die 1. Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Art und den Umfang der Straßenreinigung in der Gemeinde Edewecht wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.

- einstimmig beschlossen -

TOP 11.5:

Richtlinie zur Förderung von Existenzgründungen in der Gemeinde Edewecht

Vorlage: 2018/FB III/2898

Nach kurzer Erläuterung der Beschlussvorlage durch FBL Torkel gibt RH Brunßen namens der CDU-Fraktion seiner Freude über diesen ersten Schritt zur Verbesserung der Möglichkeiten für Existenzgründer Ausdruck. Hierdurch erhoffe er sich eine Wiederbelebung der Ortskerne und einen Rückgang der Leerstände. Sein Vorschlag wäre, aktiv auf potenzielle Existenzgründer, bspw. an Hochschulen oder auf Gründermessen, zuzugehen und dort für Edewecht als attraktiven Wirtschaftsstandort zu werben.

Auch RF Taeger begrüßt namens der SPD-Fraktion die vorgestellte Richtlinie. Fraglich bleibe aber, ob diese ausreiche, potenzielle Existenzgründer für eine Ansiedlung in Edewecht zu begeistern. Sie würde außerdem auch Maßnahmen für

eine attraktivere Gestaltung der Schaufenster in Leerständen ebenso wie bei genutzten Geschäften begrüßen.

Sodann fasst der Rat folgenden

Beschluss:

- 1. Die Gemeinde Edewecht beschließt die Richtlinie zur Förderung von Existenzgründungen in der Gemeinde Edewecht. Sie tritt am 01.01.2019 in Kraft.*
- 2. Im Haushalt 2019 wird ein Betrag in Höhe von 20.000 € bereitgestellt. Über die Höhe der Förderbeträge für die Folgejahre wird im Herbst 2019 beraten.*

- einstimmig beschlossen -

TOP 12:

**Beschlussvorschläge aus dem Betriebsausschuss für den Immobilienbetrieb
Pflege Service Edewecht**

TOP 12.1:

Wirtschaftsplan 2019

Vorlage: 2018/FB III/2903

Nach kurzer Erläuterung der Beschlussvorlage durch FBL Torkel fasst der Rat ohne Aussprache folgenden

Beschluss:

Der mit Einladung zu der Sitzung des Betriebsausschusses Immobilienbetrieb Pflege Service Edewecht übersandte Entwurf eines Wirtschaftsplanes für das Wirtschaftsjahr 2019 wird festgestellt.

Die Betriebsleitung wird beauftragt, das weitere Verfahren abzuwickeln.

- einstimmig beschlossen -

TOP 13:

**Zweckvereinbarung mit der Gemeinde Bad Zwischenahn zur
Abwasserbeseitigung**

Vorlage: 2018/FB I/2842

Nach kurzer Erläuterung der Beschlussvorlage durch FBL Torkel fasst der Rat ohne Aussprache folgenden

Beschluss:

Dem mit der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Landwirtschaft und Umweltschutz am 30.10.2018 übersandten Entwurf einer Zweckvereinbarung zwischen der Gemeinde Bad Zwischenahn und der Gemeinde Edewecht über die Abwasserbeseitigung der in Grenzbereichen der beiden Gemeinden gelegenen Grundstücke wird in der vorgelegten Fassung zugestimmt.

Die Verwaltung wird beauftragt, das weitere Verfahren abzuwickeln.

- einstimmig beschlossen -

TOP 14:

Antrag der FDP Fraktion zur Weiterentwicklung des E-Governments

Vorlage: 2018/FB I/2901

RH Krallmann führt zum Antrag der FDP-Fraktion aus, die Digitalisierung sei zwingend in den nächsten Jahren umzusetzen, da spätestens 2022 durch das Onlinezugangsgesetz (OZG) ein gesetzlicher Anspruch auf Erledigung bestimmter Verwaltungsleistungen auf digitalem Wege bestehe. Insofern sollte sich der Wirtschafts- und Haushaltsausschuss in naher Zukunft mit dieser Thematik befassen.

Für die CDU-Fraktion spricht RH Frahmann seine Zustimmung aus. Er verspreche sich hierdurch größere Transparenz und Zeit- und Kosteneinsparungen. Allerdings müsse im Vorfeld u. a. die finanzielle Belastung für den erforderlichen Datenschutz geklärt und Bürgerinnen und Bürgern trotzdem weiterhin die Möglichkeit geboten werden, ihre Anliegen auf konventionellen Wegen vorzubringen und bearbeiten zu lassen. Nicht jeder Mensch fühle sich als „gläserner Bürger“ wohl. Für die nächste Kommunalwahl im Jahre 2021 könne er sich bspw. ein E-Voting vorstellen, welches u. U. auch zu einer höheren Wahlbeteiligung führen könne.

Wünschenswert wäre ca. ein Jahr nach Einführung des E-Governments eine wirtschaftliche Quantifizierung, um einen Überblick über Kosten und Nutzen zu erhalten.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gibt RH Heiderich-Willmer zu bedenken, Digitalisierung sei kein Allheilmittel für sämtliche Probleme. Zudem könnten hiervon Arbeitsplätze bedroht und insbesondere ältere Menschen bei bestimmten Dienstleistungen benachteiligt werden. Nach seiner Auffassung sollte der Antrag an den Wirtschafts- und Haushaltsausschuss zurück verwiesen werden, um dort zunächst zu erörtern, welche digitalen Angebote bereits bestehen, welche Angebote künftig möglich oder geboten erscheinen und welche Folgen hieraus zu erwarten seien.

Namens der CDU-Fraktion präferiert RH Brunßen eine heutige Entscheidung, sofern nicht bereits im Frühjahr 2019 und damit zeitnah in einer Sitzung des Wirtschafts- und Haushaltsausschusses weiter über die Thematik beraten werden könne.

RF Taeger spricht sich für eine eingehendere Beratung in einer Wirtschafts- und Haushaltsausschusssitzung aus, weil bis dahin von der Verwaltung fundierte Diskussionsgrundlagen geschaffen werden könnten.

RH Krallmann stimmt einer eingehenderen Beratung in einer Wirtschafts- und Haushaltsausschusssitzung zu, jedoch sollte heute der im Antrag formulierte Grundsatzbeschluss gefasst werden. Er sehe im Übrigen durch die Einführung des E-Governments keine Arbeitsplätze in Gefahr, weil möglicherweise frei werdende Personalkapazitäten durchaus an anderen Stellen sinnvoll einzusetzen wären.

Nachdem verwaltungsseits der 18.06.2019 als nächster regulärer Sitzungstermin des Wirtschafts- und Haushaltsausschusses mitgeteilt wurde, wird der Antrag

- an den Fachausschuss verwiesen -

Enthaltung 1

TOP 15:

Neufassung der Satzung über die Entschädigung für Ehrenbeamte/-beamtinnen und sonstige ehrenamtlich tätige Funktionsträger/-innen der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Edewecht

Vorlage: 2018/FB II/2908

Nach kurzer Erläuterung der Beschlussvorlage durch FBL Sander stellt RH Hilgen klar, bei den Aufwandsentschädigungen handele es sich um eine reine Kostendeckung für bspw. EDV-Bedarf oder Fahrtkosten. Die eigentliche Tätigkeit der Feuerwehrleute sei nach wie vor reines Ehrenamt.

Auch RH Bischoff betont den hohen ehrenamtlichen Aufwand und die nur wenigen Funktionen, die tatsächlich mit einer Aufwandsentschädigung belegt seien. Verglichen mit denen für Ratstätigkeit seien sie zudem deutlich niedriger angesetzt, obgleich Funktionsträger durchaus wichtige Entscheidungen in kritischen Situationen zu treffen und diese im Zweifel auch vor Gericht zu vertreten hätten.

Sodann fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Die Neufassung der Satzung über die Entschädigung für Ehrenbeamte/-beamtinnen und sonstige ehrenamtliche Funktionsträger/-innen der Freiwilligen Feuerwehr der Gemeinde Edewecht wird in der vorliegenden Form beschlossen. Die Satzung tritt zum 01.01.2019 in Kraft.

- einstimmig beschlossen -

TOP 16:

Mehraufwendungen für Erhaltungsmaßnahmen im Tiefbau für 2018

Vorlage: 2018/FB III/2860

Nach FBL Torkels Erläuterung der Beschlussvorlage dankt RH Frahmann der Verwaltung für die kurzfristige Bereitstellung der einschlägigen Berechnungsgrundlagen zur Beschlussvorlage im Ratsinformationssystem. Hier werde deutlich, die Natur arbeite nach ihren eigenen Gesetzen, weshalb Planungen und Maßnahmen immer wieder an die tatsächlichen Verhältnisse angepasst werden müssten.

Sodann fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Um die notwendigen Straßenunterhaltungsmaßnahmen und Sanierungen auszuführen sollen im Jahr 2018 Haushaltsmittel in Höhe von bis zu 230.000,00 € überplanmäßig gemäß § 117 NKomVG bereitgestellt werden.

- einstimmig beschlossen -

TOP 17:

Aktionsplan gegen das Insektensterben; Antrag des RH Michael Krause Vorlage: 2018/FB III/2912

Nach Vortrag seines Antrages spricht RH Krause dem Hegering seine Anerkennung für dessen Bemühungen um den Insektenschutz aus.

In der anschließenden Diskussion wird das Anliegen einhellig als wichtig und richtig betrachtet. Allerdings würde dieses Thema bereits im Ausschuss für Landwirtschaft und Umweltschutz behandelt. Zudem sei eine Erklärung zur Biodiversität verabschiedet worden und ein Arbeitskreis Freiraumkonzept installiert, der sich nunmehr verstärkt mit dieser Thematik befassen und möglichst zu Beginn des Jahres 2019 wieder zusammenkommen solle.

Diesem Vorschlag schließt sich RH Krause an.

Sodann fasst der Rat folgenden

Beschluss:

In Anbetracht der vorigen Erörterung wird der Antrag nicht weiter verfolgt.

- einstimmig beschlossen -

TOP 18:

Verbesserung der Aufenthaltsqualität im Bereich "Karpfenteich" - Antrag der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen Vorlage: 2018/FB III/2913

Unter Verweis auf TOP 2 der heutigen Sitzung wird dieser Punkt

- an den Fachausschuss verwiesen -

TOP 19:

Übertragung weiterer personalrechtlicher Befugnisse auf die Bürgermeisterin Vorlage: 2018/FB I/2869

Nach Erläuterung der Beschlussvorlage durch FBL Pannemann spricht sich RH Apitzsch gegen diese Regelung aus. Seines Erachtens sei die Zahl der zu beschließenden personellen Veränderungen nicht so hoch, dass sie die zuständigen Gremien über Gebühr damit belasteten.

FBL Pannemann erwidert, Ziel dieser Regelung sei, durch kurzfristige Entscheidungen nach Bewerberauswahlverfahren bessere Chancen auf Zusagen der ausgewählten Bewerber/innen zu haben. Die heutige Arbeitsmarktsituation sei sehr bewerberfreundlich, weshalb potenzielle neue Mitarbeiter/innen bei längeren Wartezeiten auf Ergebnisse der Auswahlentscheidungen häufig zwischenzeitlich andere Stellenangebote annähmen.

Sodann fasst der Rat folgenden

Beschluss:

Die personalrechtlichen Entscheidungsbefugnisse für die Beschäftigten bis zur Entgeltgruppe 9a oder vergleichbare Entgeltgruppen sowie für die Beamtinnen und Beamten bis zur Besoldungsgruppe A 9 werden gem. § 107 Abs. 4 NKomVG der Bürgermeisterin übertragen.

Die personalrechtlichen Entscheidungsbefugnisse für die Beamtinnen und Beamten der Laufbahngruppe 2 1. Einstiegsamt (ehemals gehobener Dienst) werden gem. § 107 Abs. 4 NKomVG auf den Verwaltungsausschuss übertragen.

- mehrheitlich beschlossen -
Nein 2 Enthaltung 3

TOP 20:

Annahme von Spenden

Es sind keine Spenden anzunehmen.

TOP 21:

Anfragen und Hinweise

TOP 21.1:

Fehlendes Ratsmitglied

RF Taeger bittet um Auskunft, wie mit der bereits über Monate andauernden Abwesenheit des RH Stöver bei Gremiensitzungen umgegangen wird.

Auch RH Brunßen zeigt sich irritiert, dass RH Stöver seinen Pflichten nicht mehr nachkommt, das Mandat jedoch mit allen Rechten unverändert fortbesteht.

TOP 21.2:

Windpark Querenstede

RH Apitzsch bittet um den Sachstand zum mutmaßlich geplanten Windpark in Querenstede.

BMin Lausch erläutert, der Gemeinde Edewecht lägen hierzu keine Erkenntnisse über konkrete Planungen vor.

TOP 22:

Einwohnerfragestunde

TOP 22.1:

Politikverdrossenheit der Bürger/innen

Ein Einwohner bedauert die geringe Zuhörerzahl bei öffentlichen Gremiensitzungen und fragt nach Ideen der Ratsmitglieder, Einwohner wieder mehr für die kommunale Politik zu begeistern.

BMin Lausch erläutert, Rat und Verwaltung seien offen für Vorschläge und sie selber gerne zu konstruktiven Gesprächen bereit.

TOP 23:
Schließung der Sitzung

Stv. RV Krüger schließt den öffentlichen Teil der heutigen Sitzung um 21.39 Uhr.

Wolfgang Krüger
Stv. Ratsvorsitzender

Petra Lausch
Bürgermeisterin

Angelika Lange
Protokollführerin